



Bayerisches Landesamt für
Pflege

Bayerisches Landesamt für Pflege
Referat 47
Mildred-Scheel-Straße 4
92224 Amberg

Eingangsstempel

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen

Antrag auf Bewilligung einer staatlichen Zuwendung nach der Förderrichtlinie Pflege - WoLeRaF für die Schaffung von Kurzzeitpflegeplätzen in vollstationären Einrichtungen der Pflege

in Höhe von Unterkunft für	Euro Tagessatz für eingestreuete Kurzzeitpflegeplätze und (Anzahl) Kurzzeitpflegeplätze.	Euro Entgelt für
Die Zuwendung beträgt 90% des Tagessatzes und max. 100 Euro je nichtbelegtem Tag bis zu einer Höchstgrenze in Höhe von 10.000 Euro je Platz und Jahr (Nr. 2.5.2 WoLeRaF).		
für die Maßnahme (Bezeichnung der Maßnahme): Schaffung von Kurzzeitpflegeplätzen in vollstationären Einrichtungen der Pflege in (Ort), Landkreis oder kreisfreie Stadt nach Nr. 2 WoLeRaF in der Pflegeeinrichtung		
geplanter Durchführungszeitraum: Beginn		Der Bewilligungszeitraum beträgt 36 Monate Ende
<p>Mit der Maßnahme wurde noch nicht begonnen.</p> <p>Mit der Maßnahme wurde am _____ begonnen.</p> <p>Hinweis: Zuwendungen dürfen nur für Maßnahmen gewährt werden, mit denen noch nicht begonnen wurde. Der Abschluss von Verträgen zur Vorbereitung der Maßnahme ist grundsätzlich bereits als Beginn der Maßnahme zu werten. Im Einzelfall kann auf Antrag eine Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn erteilt werden.</p>		
Diesem Antrag sind beizufügen:		
<ul style="list-style-type: none"> • DAWI-De-minimis-Erklärung • Erklärung über subventionserhebliche Tatsachen • Verpflichtungserklärung über die Schaffung einer entsprechenden Anzahl von Kurzzeitpflegeplätzen gemäß Nr. 2.4.2 a) WoLeRaF • Bestätigung des Bedarfs an Kurzzeitpflegeplätzen seitens der kreisfreien Stadt/Kreisverwaltungsbehörde (Formblatt) • zum Zeitpunkt der Antragstellung gültiger Versorgungsvertrag gemäß §§ 72 ff. SGB XI sowie die entsprechende Vergütungsvereinbarung gemäß § 85 SGB XI • Erklärung, dass für die beantragten Plätze noch keine Verpflichtung für „Fix plus x“ im Sinne des LPSK-Beschlusses vom 12.10.2017 gegenüber der Pflegekasse erklärt wurde • Vereinssatzung oder Gesellschaftsvertrag und Auszug aus dem Vereins- oder Handelsregister • Freistellungsbescheid soweit steuerbegünstigte Zwecke verfolgt werden 		

A Antragsteller/-in	
Antragsteller/-in	
Anschrift	
Telefon	Telefax
Steuernummer bzw. Umsatzsteueridentifikationsnummer	
Wenn Sie einverstanden sind, dass wir uns bei Rückfragen per unverschlüsselter E-Mail an Sie wenden, dann geben Sie bitte Ihre E-Mail-Adresse an:	
Rechtsgeschäftliche Vertreterin / rechtsgeschäftlicher Vertreter	
1.	
2.	
<input type="checkbox"/> einzeln vertretungsberechtigt <input type="checkbox"/> zusammen vertretungsberechtigt	
Ansprechpartner/-in für diesen Antrag	
Rechtsform der Antragstellerin/ des Antragstellers	
Die Antragstellerin/ der Antragsteller verfolgt steuerbegünstigte Zwecke (§§ 51 bis 68 AO):	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, der Freistellungsbescheid des zuständigen Finanzamtes liegt bei.	
Die Antragstellerin/ der Antragsteller handelt im Rahmen einer gewerblichen oder freiberuflichen Haupttätigkeit:	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	
Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 UStG	
<input type="checkbox"/> besteht nicht <input type="checkbox"/> besteht	
Eventuelle Vorsteuerabzugsbeträge sind im Finanzierungsplan gesondert auszuweisen und bei der Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben abzusetzen.	
B Bankverbindung	
IBAN	<input type="text" value="DE"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>
Kontoinhaber/-in:	
Dabei handelt es sich um ein Geschäftskonto:	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	
C Finanzierung	
Wurde für die Maßnahme bei anderen Stellen eine Zuwendung beantragt?	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ Euro bei _____	

D**Erklärungen**

1. Es wurden alle Finanzierungsbestandteile der Maßnahme aufgeführt. Die Gesamtfinanzierung der Maßnahme ist gesichert.
2. Eine ordnungsgemäße Geschäftsführung ist gesichert. Die bestimmungsgemäße Verwendung der Mittel wird nachgewiesen werden können.
3. Mit der Durchführung der Maßnahme wurde noch nicht begonnen und wird vor Erhalt des Zuwendungsbescheides auch nicht begonnen werden.
4. Im Falle einer EU-rechtlichen Betrauung mit einer Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse* werden in der Buchführung die Kosten und Einnahmen in Verbindung mit der Erbringung der betreffenden Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse von allen anderen Tätigkeiten getrennt ausgewiesen.
*erfolgt im Zuwendungsbescheid oder per gesondertem Schreiben
5. Die Finanz- und Bewilligungsbehörden werden von der Verpflichtung zur Wahrung des Steuergeheimnisses gegen er Bewilligungs- und Strafverfolgungsbehörden befreit, soweit die diesem Antrag zu Grunde liegenden Daten zu verifizieren/kontrollieren sind, die für die dortigen Verfahren im Zusammenhang mit der Gewährung der in diesem Antrag beantragten Zuwendungen von Bedeutung sind oder waren (§ 30 Abs. 4 Nr. 3 AO).
6. Es erfolgt keine Weiterleitung von Fördermitteln an Dritte.
7. Die nachfolgende "Information zum Datenschutz" wurde zur Kenntnis genommen.
8. Es wird erklärt, dass die in diesem Antrag (einschl. der Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind.

Ort, Datum

Name, Vorname

Unterschrift
der rechtsgeschäftlichen Vertreterin/
des rechtsgeschäftlichen Vertreters



Verantwortlich für die Verarbeitung dieser Daten ist das

Bayerische Landesamt für Pflege

- Datenschutz -

Mildred-Scheel-Str. 4

92224 Amberg

datenschutz@lfp.bayern.de

Die Daten werden erhoben, um den Antrag auf Gewährung einer Zuwendung im Bereich der Richtlinie Pflege – WoLeRaF zu bearbeiten. Rechtsgrundlagen der Verarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. c, e, DSGVO, Art. 4 Abs. 1 BayDSG, Art. 23 und 44 BayHO und die hierfür erlassenen Verwaltungsvorschriften (Richtlinie Pflege – WoLeRaF).

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist.

Ihnen stehen die Rechte gem. Art. 15 bis 20, 22 und 77 DSGVO sowie das Widerspruchsrecht gem. Art. 21 DSGVO zu.

Weitere Informationen über die Verarbeitung Ihrer Daten und Ihre Rechte bei der Verarbeitung Ihrer Daten finden Sie auf der Homepage des Bayerischen Landesamts für Pflege unter www.lfp.bayern.de/datenschutzerklaerung.

Alternativ erhalten Sie die Informationen auch von unserem behördlichen Datenschutzbeauftragten, den Sie per E-Mail unter datenschutz@lfp.bayern.de erreichen können.

Zum Zweck der Auszahlung der Fördermittel werden Ihre hierfür erforderlichen Daten an die Staatsoberkasse Bayern übermittelt.

Die Mitteilung personenbezogener Daten erfolgt grundsätzlich freiwillig. Unterbleibt eine Bereitstellung personenbezogener Daten, kann das Landesamt für Pflege jedoch den Antrag möglicherweise nicht bearbeiten und keinen Förderbescheid erlassen.